

In diesem Newsletter finden Sie:

- » Aktuelles aus Straßburg
- » Aktuelles aus dem EuGH
- » Aktuelles aus den Ausschüssen
- » Aktuelles aus dem Wahlkreis
- » Termine - Rückschau
- » Termine - Vorausschau
- » Aus dem "EU-Jargon"
- » Kontakt & Impressum

Aktuelles aus Straßburg

Entschließungsantrag über politische Entwicklungen in Ungarn

16. Februar 2012 - Mit deutlicher Mehrheit verabschiedete das Europäische Parlament einen überparteilichen Entschließungsantrag zur aktuellen politischen Lage in Ungarn. Dieser begrüßt die von der Kommission eingeleiteten Vertragsverletzungsverfahren und fordert den Rat zur Überprüfung möglicher schwerwiegender Verletzungen der Grundwerte auf. Die Konservativen scheiterten bei dem Versuch, den Entschließungsvertrag zu blockieren und damit jede Kritik an der ungarischen Regierung zu verhindern.

Resolution zu Ungarn:

[Detaillierte Informationen](#)

finden Sie auf den Seiten des Europäischen Parlaments. Den Text der von Liberalen, Sozialdemokraten, Grünen und Linken initiierten Resolution finden Sie [hier](#).



Die Feststellung, dass ein Mitgliedstaat Gefahr läuft, die Grundwerte der EU schwerwiegend zu verletzen, obliegt nach Art. 7.1. des EU-Vertrags dem Rat. Das Europäische Parlament kann allerdings - und hat in diesem Falle auch die Pflicht - in einem Initiativbericht zu

einer solchen Überprüfung aufrufen. Als Liberale werden wir uns hierfür im Innenausschuss einsetzen.

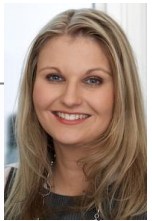
Neue Regeln für die Nutzung von Funkfrequenzen in der EU

15. Februar 2012 - Ab 2013 sollen EU-Staaten mehr Frequenzen für das mobile Breitbandinternet zur Verfügung stellen. Dafür sprachen sich die EU-Parlamentarier am Mittwoch aus. Dadurch soll die wachsende Nachfrage nach mobiler Kommunikation mit immer größeren Datenmengen gedeckt werden.

Bis Anfang 2013 sollen nun Frequenzen, die bisher für analoges Fernsehen genutzt wurden, für 4G-Netzwerke freigegeben werden. Dabei handelt es sich um das 800 MHz-Band bzw. die sogenannte "Digitale Dividende", deren physikalische Eigenschaften (hohe Reichweite und gute Durchdringung) für die mobile Kommunikation besonders wertvoll sind. Wie diese Frequenzen verwaltet werden, obliegt weiterhin den Mitgliedstaaten. Die EU kann allerdings nationale Ansätze koordinieren, was vermeiden soll, dass z.B. verschiedene Standards verwendet werden oder sich Frequenzen gegenseitig stören.

Richtlinie zur kollektiven Rechteverwertung

13. Februar 2012 - Mit Spannung wird in der EU die Veröffentlichung des Richtlinienvorschlags für die kollektive Rechteverwertung erwartet. Geplant ist sie laut Arbeitsprogramm der Kommission im 1. Quartal dieses Jahres. Doch schon wieder gibt es Gerüchte, dass die Veröffentlichung verschoben werden soll. Der Unsicherheit wollte das Europäische Parlament ein Ende bereiten und hat daher in einer Plenardebatte die



Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

"Ungarn" und ACTA sind wohl die am meisten verwendeten Wörter dieser Straßburgwoche. Schon seit längerem macht Ungarn traurige Schlagzeilen, was die (Nicht-)Einhaltung europäischer Grundwerte angeht. Das Europäische Parlament hat die Regierung nun scharf kritisiert. Wenn Ungarn nicht wieder Kurs auf Europa nimmt, werden wir Liberalen uns für die Einleitung schärferer Maßnahmen einsetzen.

ACTA trieb nicht nur in Deutschland die Menschen auf die Straßen. Europaweit herrscht Verunsicherung darüber, wie sich das Abkommen auf uns auswirken wird - nicht zuletzt auf unser tägliches Surfen im Internet. Im Europäischen Parlament werden wir uns dafür einsetzen, endlich die notwendige Transparenz in den Prozess zu bringen und eine Entscheidung auf Basis von Fakten statt Mythen herbeizuführen.

Weiterhin wartet ein breites Repertoire an Veranstaltungen im Wahlkreis auf Sie, sowie Neues aus den Bereichen Beschäftigung und Medien.

Viel Freude beim Lesen wünscht

Nadja Hirsch

Newsletter aus Europa Nr. 28 (Februar 2012)

[Frage](#) direkt an den zuständigen Kommissar Barnier gerichtet. Dieser bestätigte, dass der Vorschlag im Frühling kommen werde und gewährte einen Einblick in dessen Inhalt.

Der 1. Teil wird sich "horizontalen Regelungen", d.h. der Transparenz und dem allgemeinen Regelungssystem widmen, das harmonisiert und damit für alle Verwertungsgesellschaften gelten sollen. Diese sollen effektiver werden und besser auf die Bedürfnisse der Rechteinhaber - auch aus anderen Mitgliedstaaten - eingehen.

Die gesamte **Debatte** über die mündliche Anfrage des Parlaments an Kommissar Barnier können Sie [hier](#) in den Originalsprachen nachlesen (bisher ist noch keine Übersetzung verfügbar).



Der 2. Teil wird sich auf die speziellen Regeln für die Online-Musik und die damit befassten Verwertungsgesellschaften beziehen. Hier geht es darum, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der - unter Wahrung eines hohen Maßes an Transparenz und Service-Qualität für Urheber und Nutzer - die Ausstellung multi-territorialer Lizenzen für Online-Musik möglich macht. Diese Lizenzen sollen zudem ermöglichen, dass Musikrepertoires gebündelt sowie gegenseitig und grenzüberschreitend genutzt werden können, um somit die Anzahl der notwendigen Lizenzen zu verringern.

Aktuelles aus dem EuGH

Kein Filterzwang für soziale Netzwerken

16. Februar 2012 - Der Europäische Gerichtshof hat die Klage der belgischen Rechteverwertungsgesellschaft SABAM gegen den Betreiber des sozialen Netzwerks Netlogs abgewiesen, den es zwingen wollte, ein umfassendes Filtersystem einzurichten, um zu verhindern, dass Musik aus dem SABAM-Repertoire im Internet kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Der EuGH verwies auf die Richtlinie zum elektronischen Geschäftsverkehr, die besagt, dass einem Anbieter keine allgemeine Überwachungspflicht auferlegt werden kann und das Recht auf freien Datenaustausch gewahrt bleiben muss. Zudem gewährte ein Filtersystem, wie SABAM es verlange, aufgrund seiner Kostspieligkeit kein "angemessenes Gleichgewicht" zwischen Urheberrechten und unternehmerischer Freiheit.

Aktuelles aus den Ausschüssen

EMPL: Weißbuch Renten und Pensionen

16. Februar 2012 - Die Mitgliedstaaten haben geträumelt, als es darum ging, ihre Ruhestandssysteme fit für die Zukunft zu machen. Für knapp ein Viertel der EU-Bevölkerung sind Renten und Pensionen schon heute die Haupteinnahmequelle. Sie machen derzeit durchschnittlich 10 Prozent des BIP aus. In Zukunft wird der Druck auf die Systeme noch viel größer: Bis 2060 werden auf einen 65-jährigen lediglich zwei Erwerbstätige kommen, der Anteil von Renten und Pensionen am BIP könnte bis auf 12,5 Prozent anwachsen.

Dass die Menschen bei uns älter werden, war vorauszusehen, unterstrich der für Beschäftigung zuständige Kommissar Andor, als er das Weißbuch der Kommission zu Renten und Pensionen vorstellte. Aber die Mitgliedstaaten hätten es immer wieder hinausgezögert, darüber nachzudenken, wie der Herausforderung des demographischen Wandels begegnet und Renten und Pensionen gesichert werden könnten.

Die Kommission schlägt nun Maßnahmen vor, um Menschen länger in Arbeit zu halten und mehr Frauen in den Arbeitsmarkt zu bringen. Private Zusatz-Vorsorgesysteme sollen ausgebaut, sicherer und mobiler gemacht werden. Das Ruhestandsalter soll an die Lebenserwartung gekoppelt, der Zugang zum vorzeitigen Ruhestand eingeschränkt und die Pensionsschere zwischen Männern und Frauen abgebaut werden.

Es ist richtig und wichtig, dass die Kommission das "heiße Eisen" Renten und Pensionen endlich angeht - auch und gerade trotz des sich schon jetzt abzeichnenden Widerstands. Die Mitgliedsstaaten, Gewerkschaften und Verbände dürfen nicht länger die Augen vor der Realität verschließen: Wir

Ein Weißbuch folgt zumeist auf ein sogenanntes Grünbuch und konkretisiert eine angefachte Debatte mit konkreten Lösungsansätzen. Weder Grün- noch Weißbuch sind rechtsverbindlich. Sie bilden lediglich eine Diskussionsgrundlage.



Das **Weißbuch** "Renten und Pensionen" ist [hier](#) einsehbar (bisher nur auf EN). Die Pressemitteilung der Kommission und weiterführende Links finden Sie [hier](#).



Newsletter aus Europa Nr. 28 (Februar 2012)

können nicht weiter Pensionen und Renten auszahlen, als ob es den demographischen Wandel nicht gäbe. Der Vorschlag der Kommission, den Rentenbeginn an die steigende Lebenserwartung zu koppeln, ist richtig - geht aber nicht weit genug. Wir brauchen ein EU-weites Mindestrenteneintrittsalter. Das würde dem teils irrwitzigen Frühverrentungswahn den Garaus machen.

Die Pläne der Kommission, im Rahmen einer stärkeren Regulierung [voraussichtlich über die Revision der sog. [IORP-Richtlinie](#)] auch in die Betriebsrenten einzugreifen, schießen aber über das Ziel hinaus. Pensionskassen können nicht mit am Markt agierenden Versicherungen über einen Kamm geschoren werden. Deutsche Betriebsrenten unterliegen einem ausgefeilten System, das die enge Bindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer widerspiegelt. Sollten für Pensionskassen tatsächlich dieselben Eigenkapitalvorschriften wie für Versicherungen unter Solvency II gelten, würde das für viele von ihnen das Aus bedeuten. Die Kommission würde einem bewährten Altersvorsorgemodell den Todesstoß versetzen. Viele Menschen wären im Alter von Armut bedroht.

LIBE: Anhörung zur aktuellen Lage in Ungarn

08. Februar 2012 - Auf Initiative des Innenausschusses des Europäischen Parlaments kam es zu einer öffentlichen Anhörung unter Teilnahme der für Medien zuständigen Kommissarin Kroes, sowie Vertretern der ungarischen Regierung, des Europarats, der OSZE, der Fundamental Rights Agency sowie Juristen und einem Vertreter des in Ungarn untersagten Klub Radios. Das Ergebnis waren ein Schlagabtausch und teils heftige Diskussionen zur aktuellen Situation in Ungarn. Angemahnt wurde die Bedrohung des Unabhängigkeit der Medien, des Datenschutzbeauftragten und der Zentralbank. Ich verwies mit Nachdruck auf die nicht minder katastrophale Situation für Asylbewerber in Ungarn. In Bayern hatte vor allem der Fall der syrischen Deserteure für Aufmerksamkeit gesorgt, die erst kürzlich unter Verantwortung des Innenministers Friedrich nach Ungarn abgeschoben wurden. Wie sowohl UNHCR und das ungarische Helsinki Komitee festgestellt haben, wurden Asylbewerber mehrfach Opfer unmenschlicher Behandlung, die von einer systematische Inhaftierungen von Minderjährigen und Familien, über die physische und psychische Misshandlung bis hin zur Zwangseinnahme von Medikamenten reicht. Die aus Bayern zurückgesandten Syrer scheinen in einem Lager an der Grenze zur Slowakei noch recht glimpflich davon gekommen zu sein - wahrscheinlich aufgrund des öffentlichen Drucks. Fragwürdig scheint die Aktion des Innenministers angesichts der katastrophalen Behandlung von Asylbewerbern trotzdem. Die Europäische Kommission, die für die Einhaltung europäischer Gesetze - darunter geltendes Asylrecht - verantwortlich ist, schweigt. Diesen systematischen und andauernden Verstoß gegen Menschenrechte und geltendes Asylrecht dürfen wir nicht dulden. Die EU muss Zähne zeigen: Sie kann und muss in solchen Fällen ein Vertragsverletzungsverfahren in die Wege leiten, wofür ich mich weiter einsetzen werde.

LIBE: Informationsveranstaltung zur Neuansiedlung

07. Februar 2012 - Bereits zum dritten Mal in Folge fand der alljährliche Tag der Neuansiedlung ("Resettlement Awareness Day") im Europäischen Parlament in Brüssel statt. Ziel der Veranstaltung war es, auf das Schicksal der jährlich rund 170.000 besonders gefährdeten Flüchtlinge weltweit aufmerksam zu machen, die über das Neuansiedlungsprogramm des UNHCR eine neue Heimat suchen.

Die Runde der Experten aus Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und Nichtregierungsorganisationen sprach vor allem über die Situation in den großen Flüchtlingslagern in Tunesien, Irak und Ostafrika, in denen teils katastrophale Zustände herrschen. Als integrationspolitische Sprecherin der FDP im EP und Schattenberichterstatterin zum Neuansiedlungsprogramm der EU nahm ich an einer der Podiumsdiskussionen teil. In der EU müssen wir uns unbedingt mehr im Bereich der Neuansiedlung engagieren. 2010 wurden weltweit 108.000 Menschen neu angesiedelt. 54.000 davon fanden ein Zuhause in den USA. Die 27 Mitgliedstaaten der EU brachten es gerade einmal auf 4.700 Aufnahmen, d.h. 4,4 Prozent der Bedürftigen. Die EU bleibt damit ein Zwerg im Gebiet der Neuansiedlung.

Neben der Neuansiedlung nach Europa wurde auch die Umsiedlung von Asylantragstellern innerhalb Europas zur Sprache gebracht. Ein europäischer Verteilungsschlüssel könnte hier meines Erachtens für eine gleichmäßige Belastung aller Mitgliedstaaten bei der Aufnahme von Flüchtlingen helfen.

LIBE: ACTA



ACTA steht für Anti-Counterfeiting Trade Agreement, einem Handelsübereinkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie. Vertragspartner sind die EU und ihre Mitgliedstaaten sowie Australien, Kanada, Japan, Korea, Mexiko, Marokko, Neuseeland, Singapur, die Schweiz und die USA. 22 der 27 EU-Staaten das Abkommen unterzeichnet. Neben der Ratifizierung in den nationalen Parlamenten, steht noch die Zustimmung des Europäischen Parlaments aus.

ACTA ist in aller Munde. Internetaktivisten und besorgte Bürger haben mobil gemacht - und das nicht nur auf den Straßen. Auch im Europäischen Parlament erreichten uns hunderte, wenn nicht tausende e-mails, die uns zeigten, dass das Thema den Bürgern nahe geht, aber gleichzeitig für viele Missverständnisse sorgt. Von Anbeginn der Verhandlungen hat das Europäische Parlament immer wieder die mangelnde Transparenz kritisiert. Jetzt sehen wir, wohin das führt: Die Bürger fühlen sich hintergegangen, wenn Entscheidungen hinter verschlossenen Türen getroffen werden. Sie wollen wissen, was ihnen bevorsteht und welche Auswirkungen das hat. Das Thema ACTA ist mittlerweile auch auf dem offiziellen legislativen Weg im Europäischen Parlament angekommen. Dort werden wir uns eindringlich mit dem Abkommen beschäftigen. Die Federführung liegt dabei bei dem für den internationalen Handel zuständigen Ausschuss INTA. Insgesamt vier Ausschüsse werden eine Stellungnahme dazu abgeben. Die erste Diskussion dazu wird am 29. Februar stattfinden. Ich möchte Sie ermutigen, den [Verhandlungen im Internet zu folgen](#). Es soll sichergestellt werden, dass die Sorgen der Bürger ernst genommen werden. Ein Abkommen, das die Freiheiten und Rechte der Bürger (speziell im Internet) einschränkt, werden wir keinesfalls akzeptieren. Das Abkommen ist übrigens für jedermann einsehbar, z.B. [hier](#). Um Missverständnissen vorzubeugen bzw. diese auszuräumen hat mein Kollege Alexander Alvaro einen "[Fakten-Check](#)" veröffentlicht, den ich Ihnen gerne ans Herz legen möchte.

Aktuelles aus dem Wahlkreis

Europa-Abend am Gisela-Gymnasium München

26. Februar 2012 - Das Q12 P-Seminar des Gisela-Gymnasiums in München hatte unter der Fragestellung „Europa – Eine Idee ohne Zukunft oder Zukunft ohne Idee?“ zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Europa bietet gerade jungen Menschen zahlreiche Möglichkeiten. Daher ist es mir ein besonderes Anliegen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, Ideen gemeinsam zu entwickeln und Fragen zu beantworten. Zwei Vertreter des P-Seminars führten durch den gelungenen Abend und leiteten die Diskussion zwischen den Podiumsteilnehmern und sehr gut informierten Schülern. Die Veranstaltung wurde auch durch die örtlichen Medien begleitet.



Bürger. Macht. Politik. - Lesung und Diskussion



27. Februar 2012 - Christoph Giesa, Mitbegründer des Dahrendorfkreises, Blogger und bekannt durch seine Kampagne "Pro-Gauk", ist neuerdings auch unter die Buchautoren gegangen. In seinem Buch "Bürger. Macht. Politik." befasst er sich mit der Frage der Bürgerbeteiligung. Hier ein Ausschnitt: "Wir erleben unruhige Zeiten: Massenhaft gehen Bürger gegen politische Großprojekte auf die Straße, erzwingen den Ausstieg aus der Atomenergie, stellen bei Wahlen die Parteienlandschaft auf den Kopf. Nicht mal jeder sechste Bundesbürger hält die Politik noch für vertrauenswürdig. Höchste Zeit, der aufgeheizten Stimmung in der Bevölkerung auf den Grund zu gehen und die Parteien von ihrem hohen Ross herunterzuholen. Doch auch wir Bürger

sind in der Pflicht: Protest allein genügt nicht. Wir alle müssen handeln, und zwar mit den Mitteln der Demokratie. Es ist eine Kunst, FÜR etwas zu sein."

Newsletter aus Europa Nr. 28 (Februar 2012)

Die Thomas-Dehler-Stiftung, Veranstalterin der Lesung, hatte mich als Vertreterin des Europäischen Parlaments zur anschließenden Diskussion auf das Podium eingeladen. Mehr als 30 Leute waren der Einladung gefolgt, lauschten interessiert den Textproben und nahmen angeregt an der Diskussion teil.

Exzellenzinitiative Bayern

10. Februar 2012 - Durch die Bayerische Staatskanzlei wird in diesem Jahr zum zweiten Mal der berufsbegleitende, ressortübergreifende Europa-Lehrgang für Nachwuchsführungskräfte angeboten. Die Teilnehmer können darin in eineinhalb Jahren fachliche Kenntnisse und sprachliche Fertigkeiten erwerben, die für einen Einsatz in einem Tätigkeitsgebiet mit europäischem Bezug relevant sind. Der Teilnehmerkreis umfasst Regierungsdirektoren, Oberregierungsräte, Baudirektoren und Richter. Die erste Woche stand unter dem Motto „Strukturen und Prozesse“. Als Abgeordnete des Europäischen Parlaments wurde ich als Referentin eingeladen, um das Zusammenspiel der verschiedenen Institutionen anschaulich zu erläutern.

Informationsvortrag und Neugründung der Jungen Europäer im Kreisverband Ebersberg

10. Februar 2012 - Die *Jungen Europäer* sind ein überparteilicher Zusammenschluss politisch interessierter junger Menschen, die sich für eine Integration Europas stark machen. Neben dem Bundesverband und den verschiedenen Landesverbänden gibt es zahlreiche Kreisverbände. Auch in Ebersberg, einer Gemeinde in der Nähe von München, entstand ein neuer Kreisverband der Jungen Europäer, zu dessen Gründung ich eingeladen war. Das anschließende Treffen der Europa Union Bayern e.V. bot Gelegenheit, interessierten Bürgern ihre Fragen zu Europa zu beantworten.

Kommission stellt Tierschutzstrategie 2012 - 2015 vor

Am 19. Januar 2012 veröffentlichte die Europäische Kommission die seit Langem erwartete [Strategie für den Tierschutz](#) für den Zeitraum 2012 bis 2015 vor. Sie soll die Grundlage bilden für ein umfassendes Tierschutzrecht, das bis spätestens 2014 stehen soll. Knapp 2 Milliarden Vögel und 300 Millionen Säugetiere werden in der EU landwirtschaftlich genutzt. 12 Millionen Tiere jährlich werden für Tierversuche verwendet. Die Zahl der Hunde und Katzen liegt bei ca. 100 Millionen. Der Handel mit Heimtieren ist immens. Angesichts dieser Zahlen wird ersichtlich, dass Tiere eine besondere Rolle in unserem Alltag spielen. Ihre Haltung oder Produktion ist innerhalb der EU allerdings höchst unterschiedlich. Regelungen, die beispielsweise den Transport oder die Produktion von Tieren beinhalten, wurden nur teilweise oder gar nicht in den Mitgliedstaaten umgesetzt. Ein Beispiel ist das Verbot der konventionellen Käfighaltung für Legehennen, das seit 1. Januar 2012 gilt, aber bei weitem nicht von jedem Mitgliedstaat befolgt wird. Dass hier mit der Gesundheit der Bürger gespielt wird und deren verändertes Verhalten gegenüber dem Tierschutz missachtet wird, ist offensichtlich. Nicht erst BSE und der Antibiotika-Skandal sollten uns klargemacht haben, dass Tierschutz eben auch Verbraucherschutz ist.

Termine - Rückschau*

20.-21. Jan.	Klausursitzung der FDP-Landtagsfraktion	Benediktbeuren
26. Jan.	Europaabend am Gisela-Gymnasium	München-Schwabing
27. Jan.	Friedrich Naumann Stiftung: Lesung und Diskussionsrunde "Bürger. Macht. Politik"	München
30. Jan.	Bezirksvorstandssitzung FDP Oberbayern	München
07. Feb.	Veranstaltung zur Neuansiedlung	Brüssel
10. Feb.	Bayerisches Exzellenz-Programm	München
10. Feb.	Treffen der Europa-Union Bayern	Ebersberg

Termine - Vorausschau*

Newsletter aus Europa Nr. 28 (Februar 2012)

22. Feb.	Politischer Aschermittwoch	Dingolfing
28. Feb.	European Magazine Media Night	Brüssel
01. März	Presse- und Stakeholderveranstaltung zur EU-Asylpolitik	Brüssel
07. März	Jury-Meeting des Jugendkarlspreis	Brüssel
07. März	Workshop mit Journalisten zum Thema "Equal Pay for Equal Work"	Brüssel
08. März	CEBIT	Hannover
09.-10. März	Sitzung der FDP-Kommission für Internet und Medien	München

**Dies ist nur eine Auswahl von Terminen*

Aus dem "EU-Jargon"

AT4AM

Was sich anhört, wie ein schnelles SMS-Kürzel unter IT-Experten, ist in Wirklichkeit eine Web-Anwendung für Änderungsanträge und steht entzaubert für "**Administrative Tool for Amendments**". Als gleichberechtigter Gesetzgeber neben dem Rat hat das Europäische Parlament das Recht und die Aufgabe, Vorschläge der Kommission (in Form von Entwürfen zu Richtlinien oder Verordnungen) abzuändern. Diese sogenannten Änderungsanträge können ein Abändern, Hinzufügen oder Löschen von Paragraphen, Wörtern oder Sätzen beinhalten. Noch bis vor kurzem mussten Abgeordnete, Assistenten, Fraktionsberater oder Ausschussberater in einer langwierigen Copy-Paste-Arbeit, den Ursprungstext der Kommission kopieren und die Änderungen einfügen sowie unterstreichen, kursiv oder fettgedruckt oder wie auch immer geartet kennzeichnen. Das ist mit der Einführung von AT4AM vorbei. Das "Tool" erkennt die Änderungen von selbst und markiert sie, so dass sie unterschriftsreif ausgedruckt und an die zuständige Stelle im Europäischen Parlament geschickt werden können. Zwischen 50 und 1200 Änderungsanträge werden schon mal pro Dossier eingereicht.

Kontakt & Impressum

Kontakt - Europa & Impressum

Nadja Hirsch, MdEP
60, rue Wiertz, ASP 10G158
B-1047 Brüssel, Belgien
Tel.: +32 2 28 45573
nadja.hirsch@europarl.europa.eu
www.europahirsch.eu

EMPL-Ausschuss: Ruth Steinhoff
LIBE-Ausschuss: Tobias Franke
CULT-Ausschuss: Nina Elzer
Presse & Öffentlichkeit: Nina Elzer

V.i.S.d.P. Nadja Hirsch, MdEP

Diesen Newsletter können Sie jederzeit abbestellen mit kurzer E-Mail an nina.elzer@europarl.europa.eu

Kontakt - Wahlkreis

Europabüro München
Kontaktperson: Claudia Kunze
Rindermarkt 6, D-80331 München
Tel.: +49-89-126009-22
Fax: +49-89-126009-30

Europabüro Nürnberg
Hallplatz 15-19
D- 90402 Nürnberg

wahlkreis@europahirsch.eu
www.europahirsch.eu